



Kassenärztliche
Bundesvereinigung

Körperschaft des öffentlichen Rechts

KBV KOMPAKT

Newsletter vom 01. April 2009

Aus Berlin

Schmidt gegen Abschaffung der KVen

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) hat sich gegen die von Kritikern vielfach geforderte Abschaffung der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) ausgesprochen. „Ich halte davon nicht viel“, sagte Schmidt. Die KVen hätten die Aufgabe, eine flächendeckende medizinische Versorgung in Deutschland sicherzustellen. Diejenigen, die eine Abschaffung der KVen forderten, hätten keine Alternative dazu mitgeliefert. Über eine Modernisierung und eine Reform des KV-Systems könne man dagegen sehr wohl diskutieren, betonte Schmidt. (Agenturmeldung, 26. März)

Union gegen Veröffentlichung der Arzthonorare

Das Vorhaben von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD), die Honorarumsätze aller Kassenarztgruppen je Planungsbezirk zu veröffentlichen, stößt auf Ablehnung beim Koalitionspartner. „Ich sehe dazu keine Notwendigkeit“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Wolfgang Zöller (CSU), der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ). Die KBV lehnt den Plan der Gesundheitspolitikerin nicht rundweg ab. „Wenn man es mit der Transparenz aber wirklich ernst meint, dann müssen auch die Kosten veröffentlicht werden – nur so lässt sich ein realistisches Bild zeichnen“, sagte ein KBV-Sprecher in der FAZ. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. März)

Umfrage: Bürger erwarten weitere Reformen im Gesundheitswesen

Ungeachtet der Einführung des Gesundheitsfonds zu Jahresbeginn weiß ein Drittel der Deutschen nichts von der Neuerung. Lediglich 66 Prozent der Bürger haben vom Fonds gelesen oder gehört, allerdings fühlt sich nur die Hälfte von ihnen über den Sinn des neuen Systems zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gut informiert. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid im Auftrag des Verbands der forschenden Pharma-Unternehmen hervor.

Wie die Umfrageergebnisse weiterhin aussagen, hält die Mehrheit der Bürger den Gesundheitsfonds in seiner jetzigen Ausgestaltung nicht für zukunftstauglich. Stattdessen erwarten sie weitere Reformen im Gesundheitswesen. Insbesondere im Hinblick auf die im September stattfindende Bundestagswahl glauben 68 Prozent der Deutschen, dass das Thema Gesundheitspolitik eine wichtige Rolle spielt. ([Pressemitteilung des Verbands der forschenden Pharma-Unternehmen, 1. April](#))

BMG steht hinter Versandapotheken

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit (BMG), Rolf Schwanitz (SPD), hat klargestellt, dass es bei Versandapotheken nicht zu einer Beschränkung auf nicht-verschreibungspflichtige Arzneimittel kommen soll. Vielmehr seien Versandapotheken eine

sinnvolle Ergänzung zu Präsenzapotheken, da sie chronisch Kranken, multimorbiden Patienten, Gehbehinderten, Älteren und Berufstätigen den Zugang zu Arzneimitteln erleichtern, so Schwanitz. Sicherheitsprobleme sieht er nicht durch den Versandhandel. Bislang seien im legalen Versandhandel keine Fälschungen bekannt geworden. ([Pressemitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit, 28. März](#))

Aus KBV und KVen

KV-Vorstände für größere Gestaltungsspielräume in der Selbstverwaltung

„Die ärztliche Selbstverwaltung muss wieder mehr Gestaltungsspielräume bekommen.“ Das hat der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler, auf der Sonder-Vertreterversammlung (VV) seiner Organisation in Berlin gefordert. „Nur das Notwendigste darf gesetzlich verankert werden“, betonte er. Ein freiheitlich selbstverwaltetes Gesundheitswesen sei zwingend notwendig, um den Arzt als freien Beruf und damit seine Unabhängigkeit bei medizinischen Entscheidungen zu erhalten. Die KBV und die Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) sind für den Wettbewerb – sofern er zum Wohle der Patienten ist. Um ihre Forderungen zusammenzufassen, verabschiedeten die Delegierten der VV eine [Deklaration](#). ([KBV-Pressemitteilung, 26. März](#))

KBV und KVen distanzieren sich von den Äußerungen Muntés

Die Delegierten der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) haben auf der Sonder-Vertreterversammlung (VV) der KBV die Äußerungen des Vorsitzenden der KV Bayerns, Dr. Axel Munte, entschieden zurückgewiesen. Munte hatte in der Süddeutschen Zeitung das KV-System als „Sinnbild des gierigen Arztes“ bezeichnet und beklagt, dass durch die Honorarreform die „mittelmäßigen Ärzte auf Kosten der Spezialisten“ gewinnen würden. Der VV-Vorsitzende, Dr. Andreas Hellmann, sagte dazu: „Die VV distanziert sich ausdrücklich von den Vorwürfen Herrn Muntés. Sie stellt sich ohne Wenn und Aber hinter die niedergelassenen Ärzte. Diese versorgen jedes Jahr 500 Millionen Mal in Deutschland Patienten auf anerkannt hohem Niveau.“ Zahlreiche KVen distanzieren sich zusätzlich von dem bayerischen KV-Chef: „Herr Dr. Munte beleidigt und verunglimpft diejenigen, die ihn gewählt und bezahlt haben. Ich fordere ihn zum sofortigen Rücktritt auf“, gab der Vorstandsvorsitzende der KV Sachsen, Dr. Klaus Heckemann, zu verstehen. Der sich seit längerem abzeichnende zunehmende Realitätsverlust Muntés hätte mittlerweile ein unerträgliches Ausmaß angenommen, hieß es aus der KV Sachsen. Bayerns KV-Chef Munte dementierte später seine Aussage. ([KBV-Pressemitteilung, 26. März](#), [Pressemitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen, 27. März](#), Süddeutsche Zeitung, 26. März)

KVB-Vorstand: KVen sind reformbedürftig, aber unverzichtbar

Reformbedürftig, aber unverzichtbar seien die Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen). Das war das Fazit des Vorstands der KV Bayerns (KVB) nach der jüngsten außerordentlichen Vertreterversammlung der KBV in Berlin. Die KVB-Spitze unterstützte die dabei verabschiedete Deklaration, in der die Ärztevertreter von der Politik die nötigen Gestaltungsräume zurückfordern. Der erste stellvertretende KVB-Vorstandsvorsitzende, Dr. Gabriel Schmidt, verlangte eine Korrektur des Honorarsystems, insbesondere eine transparente Honorierung der Leistungen in Euro und Cent und mehr regionale Spielräume. Neben dem KV-System gebe es, so der zweite stellvertretende KVB-Vorstandsvorsitzende, Rudi Bittner, „kein besseres Konzept als den Kollektivvertrag. Und als dessen Hüter nehmen die KVen eine wichtige gesellschaftspolitische Funktion wahr“. ([Pressemitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns, 30. März](#))

KVH befürwortet Forderung nach mehr Selbstverwaltung

Die Vertreterversammlung (VV) der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg (KVH) hat sich hinter die Politik der KBV gestellt. Die Delegierten befürworteten insbesondere die Forderung nach mehr Selbstverwaltung und nach Einzelleistungsvergütungen. Der Hamburger VV-Vorsitzende, Dr. Michael Späth, erklärte: „Es geht nicht an, dass das Gängelband, an dem die Politik uns führt, immer kürzer wird, während wir gleichzeitig gerügt werden, unsere Aufgaben nicht zu erfüllen.“ Das gleiche gelte für die Honorierung, so Späth: „Seit Jahren muss das KV-System die Aufgabe erledigen, mit einer begrenzten Geldsumme ein unbegrenztes Leistungsversprechen zu erfüllen – das geht so nicht weiter.“ Der VV-Vorsitzende forderte, beides aufeinander abzustimmen und deshalb die Einzelleistungsvergütung einzuführen. „Wenn nach der Bundestagswahl auf unsere

Forderungen nicht eingegangen wird, werden wir dieses System nicht mehr unterstützen“, mahnte Späth. ([Pressemitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg, 27. März](#))

Vertreterversammlung der KVNO für Notstandsregelung während der Honorarumstellung

Die Vertreterversammlung (VV) der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KVNO) tritt für die Einrichtung einer zeitlich befristeten Notstandsregelung während der Umstellung auf das neue Honorarsystem ein. „Wir brauchen diese Übergangsphase, damit die Praxen sich auf das neue Honorarsystem einstellen können“, sagte Dr. Leonhard Hansen, Vorsitzender der KVNO. Die Krankenhäuser hätten vier Jahre lang Zeit gehabt, sich auf ein vergleichbares System einzustellen. Die Kassenärzte sollten dies in drei Wochen leisten. „Das ist unmöglich“, so Hansen.

Die Vertreter betonten, dass es nicht auf Dauer akzeptabel sei, dass Ärzte Honorarverluste nur durch „kollegiales Sponsoring“ vermeiden könnten. Deshalb unterstützt die VV die Bundesratsinitiative der Länder Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, die eine Revision der Honorarreform noch in diesem Jahr vorsieht.

Die Vertreterversammlung schloss sich zudem der Aufforderung des Präsidenten der Bundesärztekammer, Prof. Jörg-Dietrich Hoppe, an, keine neuen Geräte zum Einlesen der elektronischen Gesundheitskarte anzuschaffen, solange wesentliche Punkte noch in der Diskussion sind. ([Pressemitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, 30. März](#))

Thamer: Mit Veröffentlichung von Ärzte-Einkommen will Schmidt Neiddebatte hervorrufen

„Was dürfen Ärzte und Psychotherapeuten denn verdienen, um Anspruch auf eine verlässliche und angemessene Vergütung für ihre Leistungen zu haben?“ Das hat der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL), Dr. Ulrich Thamer, gefragt, angesichts des Vorstoßes der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD), die niedergelassenen Mediziner sollten nun regelmäßig ihr Einkommen veröffentlichen. Laut Thamer will die Ministerin mit einer Neiddebatte von dem Chaos in der Honorarverteilung ablenken, zu dem die detaillierten Vorschriften der Regierung geführt hätten. Der KVWL-Vorsitzende betonte, dass die niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten immer noch einen freien Beruf ausüben und forderte, die ärztlichen Leistungen nach der vorher vereinbarten Gebührenordnung abzurechnen. Thamer verwies darauf, dass das Honorar für Ärzte seit mehr als 15 Jahren eng budgetiert ist. Die bundesweite Honorarreform zu Anfang dieses Jahres habe offenbart, zu welchen geringen Preisen die einzelnen Versicherten über die Quartale hinweg betreut werden müssten. ([Pressemitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe, 27. März](#))

KVHB bietet 800 Euro für den Einstieg ins KV-SafeNet

Bremer Vertragsärzte und -psychotherapeuten erhalten von der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen (KVHB) künftig bis zu 800 Euro, wenn sie sich an das Online-Tool KV-SafeNet anschließen. Die Delegierten der Vertreterversammlung haben das Förderpaket bis Jahresende verlängert. Allerdings gibt es für Abrechnungen über KV-SafeNet insgesamt 200 Euro weniger als bisher. „Diejenigen, die Pionierarbeit geleistet und sich schon jetzt angeschlossen haben, wollen wir nicht benachteiligen“, begründete dies EDV-Leiter Gottfried Antpöhler. Bislang haben sich in Bremen rund 200 Praxen angeschlossen. Das KV-SafeNet erlaubt es Ärzten und Psychotherapeuten, über ein virtuelles nicht-öffentliches Netz sicher mit anderen Ärzten oder Psychotherapeuten, mit Krankenhäusern und den KVen zu kommunizieren. Am 1. Januar 2010 wird die Online-Abrechnung für alle Vertragsärzte und -psychotherapeuten verbindlich. ([Pressemitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen, 27. März](#))

Bremen: Jedes zweite Mädchen gegen HP-Viren geimpft

In Bremen und Bremerhaven hat sich fast jedes zweite Mädchen im Alter von 12 bis 17 Jahren mittlerweile gegen humane Papillomaviren (HPV) impfen lassen. Das ergab eine Analyse der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen (KVHB) der vergangenen zwei Jahre. Seit 2007 ist die HPV-Impfung eine Kassenleistung und somit für junge Patientinnen kostenfrei. HPV-Infekte können in seltenen Fällen ein Gebärmutterhalskrebs auslösen. „Die hohe Durchimpfungsrate freut uns“, sagte KVHB-Vorstandsvorsitzender Dr. Till Spiro. „Sie bedeutet im Umkehrschluss aber: Jedes zweite Bremer Mädchen setzt sich noch immer den Gefahren einer Infektion aus“, gab Spiro zu bedenken. Einige Experten bemängeln die Verträglichkeit und Wirkung der Impfung. Auch schützt sie nicht vor allen HP-Viren. „Mädchen und Frauen sollten deshalb unbedingt weiter Abstrichkontrollen vom Gebärmutterhals vornehmen lassen“, empfahl Spiro. ([Pressemitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen, 1. April](#))

KVNO bietet Online-Suche für Weiterbildungsplätze an

Als neue Serviceleistung bietet die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein (KVNO) eine Vermittlung von Weiterbildungsstellen für Assistenzärzte an. Diese können auf der Website der KVNO eine Anzeige aufgeben. Umgekehrt können Praxen hier einen Assistenten suchen. Knapp 60 Angebote sind bereits eingestellt. Die Beschäftigung von Weiterbildungsassistenten ist eine Möglichkeit, mittelfristig die Praxisnachfolge vorzubereiten. Die kostenlose Online-Vermittlung ist Teil des Masterplans wider den drohenden Ärztemangel, den die KVNO aufgesetzt hat. Er ergänzt den Aktionsplan des Landesgesundheitsministeriums in Nordrhein-Westfalen. ([Pressemitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, 25. März](#))

Aus den Verbänden

Winn begrüßt Bekenntnis der KVen zu mehr Wettbewerb

Der Vorsitzende des Hartmannbundes (HB), Prof. Kuno Winn, hat die von der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) beschlossene Forderung nach einer klaren Wettbewerbsordnung unterstützt. „Gleichberechtigter Wettbewerb muss dann aber auch bedeuten, dass die Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) sich an der Ausschreibung aller selektiven Verträge beteiligen können“, sagte Winn. Zu prüfen sei, ob nicht derjenige, der den Auftrag für die Versorgung bekomme, künftig auch ihre Sicherstellung zu gewährleisten habe. Dies wäre letztendlich nur konsequent, so Winn. Zudem forderte er, das Prinzip der Kostenerstattung endlich in aller Konsequenz umzusetzen. Damit geht er über die Pläne des KBV-Vorstandsvorsitzenden, Dr. Andreas Köhler, hinaus, der „das Kostenerstattungsprinzip parallel zum Sachleistungsprinzip“ stärken will. Winn begrüßte abschließend ausdrücklich, dass sich die KBV-Vertreterversammlung eindeutig von denjenigen distanziert habe, die zwar Lust hätten, sich von „gierigen“ Ärzten ihr Gehalt finanzieren zu lassen, aber keine Lust mehr dazu verspürten, deren Interessen zu vertreten. ([Pressemitteilung des Hartmannbundes, 27. März](#))

Tarifabschluss für Universitätsärzte – Ärztestreik bei DRV vorerst ausgesetzt

Der Tarifabschluss für die 22.000 Ärzte an Universitätskliniken ist unter Dach und Fach. Die Große Tarifkommission der Ärztegewerkschaft Marburger Bund stimmte dem zwischen ihr und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder ausgehandelten Abschluss zu. Damit ist nun unter anderem der Weg frei für höhere Ärztegehälter, eine Ausdehnung des Geltungsbereiches auf weitere im Landesdienst beschäftigte Mediziner und eine Angleichung der niedrigeren Ostgehälter ans West-Niveau. Die Gehälter der Universitätsärzte werden ab dem 1. Mai 2009 um 3,8 Prozent und zum 1. August 2010 um weitere 1,2 Prozent steigen. ([Pressemitteilung des Marburger Bundes, 28. März](#)) Währenddessen hat der Marburger Bund den seit Ende Februar andauernden Ärztestreik bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) vorerst unterbrochen. Grund hierfür ist die Ankündigung der DRV, „die Aufnahme von Tarifverhandlungen mit dem Marburger Bund in den kommenden Wochen ernsthaft zu prüfen“, erklärte der zweite Vorsitzende der Ärztegewerkschaft, Dr. Andreas Botzlar. ([Pressemitteilung des Marburger Bundes, 1. April](#))

BÄK: Vorschläge zur EU-Richtlinie gefährden Patientensicherheit

Die Bundesärztekammer (BÄK) sieht die Patientensicherheit durch Vorschläge zu Änderungen der Arbeitszeitrichtlinie der Europäischen Union (EU) gefährdet. „Aus unserer Sicht sind die Vorschläge von Kommission und Ministerrat eine direkte Bedrohung der Arbeitsschutzrechte. Ärzte und Krankenschwestern verdienen angemessene Arbeitszeiten, eine faire Regelung für Überstunden sowie Schutzregeln vor der Überlastung durch Bereitschaftsdienste“, erläuterte der Vizepräsident der BÄK, Dr. Frank Ulrich Montgomery. Sollte es zur Umsetzung der Vorschläge kommen, würde dies die Sicherheit der Patienten gefährden, so der BÄK-Vize. ([Pressemitteilung der Bundesärztekammer, 31. März](#))

BÄK: Bund muss einheitliches Rauchverbot durchsetzen

Die Bundesärztekammer (BÄK) sieht den Bund in der Pflicht, den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz auch in gastronomischen Betrieben durchzusetzen. „Die eine Million Beschäftigten in der Gastronomie haben das Recht auf einen rauchfreien Arbeitsplatz“, sagte BÄK-Präsident Prof. Jörg-Dietrich Hoppe zu einem Gesetzentwurf der Grünen zur Verankerung eines umfassenden Schutzes vor Passivrauchen im Arbeitsschutzgesetz. Die BÄK begrüßt ausdrücklich den Vorstoß

der Grünen, ein konsequentes Rauchverbot in allen Betrieben einschließlich der Gastronomie gesetzlich zu verankern. „Die Ausnahmeregelung in der Arbeitsstättenverordnung für Betriebe mit Publikumsverkehr widerspricht den Anforderungen eines umfassenden Gesundheitsschutzes der Beschäftigten. Vor allem die Mitarbeiter in der Gastronomie sind viel stärker als andere Arbeitnehmer den Schadstoffen des Tabakrauchs ausgesetzt. Deshalb darf es hier keine Ausnahmeregelungen geben“, so Hoppe. ([Pressemitteilung der Bundesärztekammer, 26. März](#))

Psychotherapeutenkammer für EU-Grünbuch

Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) hat die Initiative der Europäischen Kommission begrüßt, die Folgen des demografischen Wandels für die Gesundheitsberufe in einem Grünbuch zu beschreiben und zu bewerten. Gesundheitsberufe müssen in einer alternden Gesellschaft auch künftig ein attraktives Berufsziel bleiben, so die BPtK. Dabei müsse die grundsätzliche Frage beantwortet werden, wie die Gesundheitsberufe weiterentwickelt werden können, um eine bestmögliche Versorgung zu gewährleisten. Bei psychischen Erkrankungen sei das deutsche Modell eines ausdifferenzierten Berufs des Psychotherapeuten ein erfolgreicher Ansatz. ([Pressemitteilung der Bundespsychotherapeutenkammer, 31. März](#))

Wissenschaftlicher Beirat für Psychotherapie in neuer Besetzung

Die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie (WBP) haben Prof. Manfred Cierpka und Prof. Dietmar Schulte zu alternierenden Beiratsvorsitzenden ernannt. Der WBP erstellt unter anderem Gutachten zur wissenschaftlichen Anerkennung psychotherapeutischer Verfahren und Methoden. Träger des WBP sind die Bundespsychotherapeutenkammer und die Bundesärztekammer. ([Gemeinsame Pressemitteilung von Bundesärztekammer und Bundespsychotherapeutenkammer, 27. März](#))

Aus der Welt

EU-Vergleich: Paradiesische Zustände im deutschen Gesundheitssystem

Deutschland hat eins der patientenfreundlichsten Gesundheitssysteme in Europa. Zufriedener können nur dänische Patienten mit den Strukturen der gesundheitlichen Versorgung in ihrem Land sein. Platz drei teilen sich Finnland und die Schweiz. Die Niederlande belegen den vierten Platz. Dies ergab ein Vergleich von 31 europäischen Gesundheitssystemen durch das europäische Beratungs- und Analyseunternehmen Health Consumer Powerhouse. Als maßgeblich für die Patientenfreundlichkeit eines Systems galten die Kategorien Patientenrechte, Information, Bewertung von Therapieverfahren und finanzielle Anreize. „Paradiesische Zustände“ herrschten im deutschen Gesundheitssystem vor allem wegen seiner freien Arztwahl und den geringen Wartezeiten, heißt es dem Bericht. Sehr gut schneidet Deutschland auch aufgrund der Möglichkeit ab, frei zwischen verschiedenen Kostenträgern und Zuzahlungsmöglichkeiten wählen zu können. Als Manko des deutschen Systems wertete das Unternehmen, dass Patienten als Informationsquelle für Arzneimittel vornehmlich Ärzte und Apotheker zur Verfügung stünden. Eine Ausweitung des Informationsangebots sei ein erster Schritt hin zu mehr Patientenmacht. ([Deutsches Ärzteblatt, 31. März](#))

Österreich muss Bedarfsplan nachbessern

Österreich muss seine Bedarfsplanung für ambulante ärztliche Leistungen nachbessern. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden und verwarf Regelungen, wie sie heute existieren, als „inkohärent“.

In Österreich bedarf die Errichtung eines selbständigen Ambulatoriums mit angestellten Ärzten einer vorherigen behördlichen Genehmigung. Diese kann nur erteilt werden, wenn das bereits bestehende Versorgungsangebot, insbesondere durch Vertragsärzte, nicht ausreicht.

Der EuGH begründete sein Urteil damit, dass Österreich das Ziel einer „qualitativ hochwertigen, ausgewogenen und allgemein zugänglichen medizinischen Versorgung“ nicht schlüssig verfolgte. Da nur für Ambulatorien mit angestellten Ärzten eine solche Genehmigung erforderlich ist, sind diese in ihrer Niederlassungsfreiheit eingeschränkt. Weil die Regelungen jedoch nicht für Gruppenpraxen mit einem vergleichbaren Angebot gelten, müssten diese nachgebessert werden. ([Pressemitteilung des Europäischen Gerichtshofs, 10. März](#))

Außerdem

Ab 1. April: bestimmte Arzneimittel mit Paracetamol und Johanniskraut nur auf Rezept

Auf strengere Regelungen in den Apotheken müssen sich Verbraucher seit dem 1. April einstellen, da die Rezeptpflicht auf weitere Arzneimittel ausgeweitet worden ist. So sind Medikamente zur Behandlung mittelschwerer Depressionen rezeptpflichtig, wenn sie Johanniskraut-Extrakte enthalten. Nur solche Präparate mit Johanniskraut, die für andere Anwendungsgebiete gedacht sind, zum Beispiel für die Behandlung von leichten depressiven Verstimmungen, bleiben von dieser Neuregelung ausgenommen. Die Einführung der Verordnungspflicht erfolgt vor dem Hintergrund, dass mit der Einnahme von Johanniskraut-Präparaten durch schwer depressive Patienten ein Suizidrisiko einhergeht.

Auch Medikamente, die mehr als zehn Gramm des Wirkstoffs Paracetamol enthalten, bedürfen seit Monatsbeginn der Verschreibung durch einen Arzt. Zur Begründung verweist die Arzneimittelkommission der Deutschen Apotheker auf die Gefahr, dass Medikamente mit einer zu hohen Dosis Paracetamol lebensbedrohliche Vergiftungszustände aufgrund von Leberschäden hervorrufen können. ([Pressemitteilung der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände, 30. März](#))

KOMPAKT-Zahl der Woche: 63

Ende 2008 haben 63 Prozent der gesetzlich Krankenversicherten einen Beitragssatz von mehr als 14,0 Prozent gezahlt. Seit Anfang dieses Jahres gilt ein einheitlicher Satz von 14,6 Prozent für alle gesetzlich Versicherte. Dieser wird im Rahmen des Konjunkturpakets II zum 1. Juli auf 14,0 Prozent abgesenkt. Hinzu kommt für gesetzlich Versicherte allerdings noch ein Zusatzbeitrag in Höhe von 0,9 Prozent (Heute im Bundestag, 31. März)

Aus dem Terminkalender

- | | |
|---------------|--|
| 23.04.2009 | Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr |
| 25.04.2009 | Vertreterversammlung der KV Bayerns
München, 9 Uhr |
| 29.04.2009 | „Arzt für alle Kassen“: Gerecht versorgt in die Zukunft?
KBV Kontrovers im Ellington Hotel Berlin, 10 Uhr |
| 29.04.2009 | Vertreterversammlung der KV Baden-Württemberg
Stuttgart, 14 Uhr |
| 08.05.2009 | Symposium „Psychotherapie im Alter“
Berlin, 10 bis 13 Uhr |
| 29.05.2009 | Tag der Niedergelassenen
ICC-Berlin, 9 Uhr |
| 12-13.06.2009 | 5. Mitteldeutsche Fortbildungstage
Dresden |
| 16.06.2009 | Vertreterversammlung der KV Bremen
Bremen, 19.30 Uhr |
| 17.06.2009 | Vertreterversammlung der KV Rheinland-Pfalz |

	Mainz, 15.30 Uhr
18.06.2009	Vertreterversammlung der KV Hamburg Hamburg, 20 Uhr
20.06.2009	Vertreterversammlung der KV Westfalen-Lippe Münster, 10 Uhr
24.06.2009	Vertreterversammlung der KV Saarland Saarbrücken, 16 Uhr

Aus der Presse

Kassenärzte gehen in Offensive – „Gier“-Vorwurf zurückgewiesen

Die Delegierten der KBV-Vertreterversammlung (VV) haben die harsche Kritik von Dr. Axel Munte, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Bayerns, zurückgewiesen. Dies berichtet die Deutsche Presse-Agentur (dpa). Munte hatte den KVen vorgeworfen, sie seien „Sinnbild des gierigen Arztes“. Der Vorsitzende der KBV-VV, Dr. Andreas Hellmann, nannte dies einen „Schlag ins Gesicht der Niedergelassenen“.

Ein weiteres Thema der VV war die Honorarreform. Dr. Andreas Köhler, KBV-Vorstandsvorsitzender, forderte eine Honorarverteilung ohne die Krankenkassen: „Das Einvernehmen mit den Krankenkassen hat sich nicht bewährt, im Gegenteil.“ ([dpa, 26. März](#))

Ende der „kollektiven Depression“ bei Ärztefunktionären

Die „kollektive Depression“ der vergangenen Wochen ist nun vorbei. Dies sagte Dr. Andreas Köhler, KBV-Vorstandsvorsitzender, nach der jüngsten Vertreterversammlung seiner Organisation. Er betonte, dass die Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) zu ihrer Verantwortung stehen und eine flächendeckende ambulante medizinische Versorgung sicherstellen. Unterstützung für das KV-System kam auch von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD). Von einer Auflösung des KV-Systems halte sich nicht viel, sagte die Politikerin. ([ddp, 26. März](#))

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 4005 – 2203

Fax: 030 / 4005 – 27 2203

E-Mail: wreinert@kbv.de, fknoeppke@kbv.de, agraumann@kbv.de

Hier können Sie unsere Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unsere Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/service/115.html>